

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

es werden wohl nicht viele von Ihnen hier im Saal eine aufrichtige Freude dabei empfinden, über hunderte Seiten Zahlenkolonnen zu grübeln und zu beraten. Ich möchte dennoch den Versuch starten aufzuzeigen, dass es sich im Sinne unserer Stadt lohnt, bei ebendiesen Zahlen in die Details zu gehen und sich kritisch-konstruktiv damit auseinanderzusetzen.

Jedes Jahr scheint der Zeitraum der Haushaltsberatung ein wenig weiter nach hinten zu rücken. Bei allem Verständnis für Begründungsversuche – das Warten auf bestimmte Zahlen des Landes Hessen – fragt man sich, warum andere Kommunen es dennoch früher schaffen, einen Beschluss zu fassen. Oder gar einen Doppelhaushalt zu verabschieden. Wir sollten uns gemeinsam bemühen, zukünftig wieder früher in die ersten Beratungen einzusteigen. Denn nicht sämtliche politisch zu diskutierenden Punkte eines Haushalts hängen im ersten Schritt von verbindlichen Aussagen des Landes über Schlüsselzuweisungen und Co. ab.

Hierzu zählen sicherlich Teile des Investitionsprogramms, zudem ich gleich zu Beginn ein paar Worte verlieren möchte. Die vorgelegte mittelfristige Planung deckt den Zeitraum bis zum Jahr 2023 ab. Die Gretchenfrage hierzu könnte lauten: „Nun sag, wie hältst du's mit ISEK und Co.?" Laut einer schriftlichen Antwort des Bürgermeisters aus dem letzten Hauptausschuss besteht „Einvernehmen im Magistrat, dass die Maßnahmen aus dem ISEK in der Mittelfristplanung im investiven Bereich dargestellt werden sollen.“

Man muss wohl sagen: Dieses Ziel ist im Entwurf bis 2023 reichlich verfehlt worden. Selbstverständlich sind die im ISEK verzeichneten Maßnahmen, ihre Kosten sowie die Zeitplanung alles andere als in Stein gemeißelt. Ganz im Gegenteil. Aber andererseits ist dies die einzige Orientierung, die derzeit in Sachen ISEK überhaupt besteht – denn es passiert ja konkret nichts. Um ein paar Beispiele zu nennen, die gar nicht oder teilweise nicht im Investitionsprogramm auffindbar sind: 730.000 Euro für Abbruch und Neubau der Schlossstraße 49a sowie 300.000 Euro für Umbau Schlossstraße 49, Abbruch Pfarrheim St. Cäcilia mit 238.000 Euro, Umgestaltung des Wiesenbornwegs mit 190.000 Euro, Abbruch des alten Bauhofs mit 850.000 Euro oder etwa die Modernisierung des Schlosses mit 1.000.000 Euro. Allein aus diesen Posten ist der Entwurf mal ebenso haarscharfe 3,3 Mio. Euro an der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit vorbeigeschrammt. Es wäre für Sie, Herr Bürgermeister, doch sogar eine Gelegenheit gewesen, bei all diesen Projekten zusätzlich auch noch die erhofften Fördermittel schwarz auf weiß abzuschätzen.

Man frag sich zuweilen allerdings auch, ob sich das Land Hessen nicht selbst im Dschungel der Förderprogramme zusehends verliert. Und ob nicht ebenjene Programme sowohl beim Land als auch bei der empfangenden Kommune viel zu viel eigenen Verwaltungsaufwand hervorrufen. Den könnte man sich allerorts sparen, wenn nur die vielen zur Verfügung stehenden Euros, über kontinuierliche und verlässliche Kanäle direkt in die Hand der kommunalen Selbstverwaltung fließen. Manchmal kann weniger auch einfach mehr sein. Und sollte der nächste wirtschaftliche Abschwung irgendwann nicht nur anklopfen, sondern eintreten, sind doch Landesfördermittel sicherlich mit das erste, was Stück für Stück zusammengekürzt wird. Aber Sie werden mir vielleicht zugestehen, dass ich heute Abend die Rolle des Kritikers der Landesregierung gerne anderen Akteuren überlasse und lediglich eingestehe, dass nicht alles in Wiesbaden Entschiedene als kommunaler Sicht unbegrenzte Glückseligkeit hervorruft.

Zurück zu Haushaltswahrheit und -klarheit: Davon brauchen wir bezüglich des Projekts „Familienzentrum St. Cäcilia“ gar nicht erst anfangen zu sprechen. Vorweggeschickt: Es liegt noch nicht einmal ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vor. Ganz zu schweigen, von dem hierfür erst einmal zu erstellenden Nutzungs-, Verkehrs- sowie vor allem Finanzierungskonzept. Wir reden hier immerhin über einen – im ISEK nachlesbaren – Investitionsbetrag von 12,8 Mio. Euro. Wer heute immer noch glaubt, das sei ein Projekt der Kirche und würde durch diese finanziert, der glaubt vergeblich.

Ende letzten Jahres hat der Bürgermeister verlautbaren lassen, dass für das Familienzentrum-Teilprojekt „Schulkindbetreuung“ 1,8 Mio. Euro Investitionen vorgesehen und diese mit ganzen 1,6 Mio. Euro Fördermitteln beschieden wurden. In einem Nachtrag zum Haushaltsentwurf wurde uns nun aber konkret vorgelegt: Ganze 3,2 Mio. Euro Kosten sind geplant – kann das noch wirtschaftlich sein? Die ursprünglich öffentlichkeitswirksam proklamierte und so wohlklingend hohe Förderquote ist über die nächtliche Hintertür einfach mal auf ca. 50 % abgerauscht.

Bei alledem soll sich der Schuldenstand der Stadt laut Entwurf bis zum Jahr 2023 auf ca. 46 Mio. Euro verdoppeln, verglichen zu 2018. Nochmal zur Verdeutlichung: Da ist bspw. der Hauptteil des Familienzentrums noch gar nicht mit drin, geschweige denn andere Projekte, nach 2023.

Eine wahrlich vertane Chance im Investitionsbereich ist hingegen – unabdingbar - das Thema Feuerwehrhaus. Durch unseren Antrag im letzten Jahr stehen bereits insgesamt über 1,2 Mio. Euro für eine Ertüchtigung des Hauses zur Verfügung. Planungen hierfür hat die Stadtverordnetenversammlung mehrfach per Beschluss eingefordert – wieder ist ein weiteres Jahr lang nichts passiert. Sonst hätte der Bürgermeister selbstredend die Notwendigkeit sehen müssen, den bisherigen Ansatz an den Kenntnisstand einer begonnenen Planung anzupassen. Zumal er im November 2019 öffentlich eingestehen musste, dass ein Neubau vermutlich das Doppelte einer Sanierungsvariante kosten würde.

In Ihrem ebenfalls heute zu beratenden Haushaltsicherungskonzept, Herr Bürgermeister, herrscht Konzeptlosigkeit. Die prognostizierten Defizite bis 2023 von jährlich 2,2 bis 2,7 Mio. Euro sollen Ihrer Meinung nach einfach aus angesparten Rücklagen ausgeglichen werden. Das mag von der Grundidee her zwar zulässig sein. Und danach? Es ist doch keine Lösung, in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten – nämlich heute – die für tatsächlich „schlechte Zeiten“ vorgesehenen Mittel einfach verfrühstücken zu wollen. Ohne dabei auch nur einen Millimeter einer konzeptionellen Haushaltskonsolidierung zu skizzieren, d.h. eine Absenkung der laufenden Defizite darzustellen. Sie nähern sich dieser notwendigen Konsolidierung noch nicht einmal im Versuch. Womöglich wären dann Ihre vielen Versprechungen, Ankündigen und millionenschweren Luftschlöser von Ihnen selbst als zusammengenommen unfinanzierbar zu entlarven.

Oder aber Sie scheuen ganz bewusst davor zurück, den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit zu sagen: Dass die Grundsteuer nicht erst 2022 – zufällig erst nach den nächsten Wahlen - sondern früher und insgesamt noch in viel erheblicherem Maße angehoben werden müsste. Ob diese Haushaltssicherungskonzept einer Überprüfung der Revision standhalten wird? Wir können es nicht wissen, aber fraglich ist es allemal.

Bei aller Kritik – am Ende brauchen wir für Heusenstamm aber einen Haushaltsbeschluss mit dem Fokus auf das laufende Jahr. Und um den Haushaltplan 2020 in eine zustimmungsfähige Fassung zu bringen, haben sich die Kollegen der FDP und meiner Fraktion zu einem gemeinsamen Änderungsantrag entschlossen. Hauptaugenmerk liegt hier auf dem Stellenplan als Teil des Haushaltsplanes und den damit einhergehenden Personalaufwendungen. Wir sehen uns gezwungen, Ihnen an dieser Stelle einen beherzten Tritt auf die Stellenbremse vorzuschlagen - neue Erzieherinnen selbstverständlich ausgenommen.

Sage und schreibe 38 neue Stellen im Vergleich zu 2019 schlägt der Haushaltsentwurf vor – ein Plus von ca. 16 %. Gewiss, davon entfallen 27 Stellen auf die Kinderbetreuung, wovon wiederum 12 Stellen nicht im Budget eingerechnet sind. Denn man muss ja schon – leider – davon ausgehen, diese ohnehin im Haushaltsjahr 2020 gar nicht mehr besetzen zu können. Dennoch: Allein im regulären Verwaltungsbereich sollen es – einfach mal so – elf zusätzliche Stellen werden, plus 8,3 %. Da schlackert man schon gehörig mit den Ohren – zumal seit dem Jahr 2017 die Planstellen bereits um fünf auf 151 angehoben worden waren – siehe Personalbericht 2019.

Das kann doch in Zeiten chronisch defizitärer Haushaltspläne nicht einfach so weitergehen. Und auch in besseren Tagen darf man kritisch hinterfragen, ob ein derartiger Griff ins Volle nicht maßlos und unangemessen ist. Die Einwohnerzahlen Heusenstamms liegen – nach zwischenzeitlichen Rückgang - gerade einmal wieder auf dem Niveau von 2003. Die aktuelle Prognose des HessenAgentur sieht die Stadt für die nächsten 15 Jahre auf ebendiesem Level, relativ stagnierend.

Ebenso wenig ist ersichtlich, in welchem ungeheuren Maße die Aufgaben der Kommune derart ausgeweitet wurden oder werden – wie gesagt: Kinderbetreuung ausgeklammert – dass diese lediglich mit einer deutlich höheren Personalintensität zu bewältigen wären. Zumal der technische Fortschritt auch in einer Verwaltung schon heute und zukünftig allemal, die laufenden Verfahren deutlich verschlanken und vereinfachen wird. Darüber hinaus werden externe Stellen – zum Beispiel die Planungs- und Projektpartner beim ISEK – mit insgesamt 500.000 Euro über zehn Jahre vergütet. Wir unterlagen der wohl irrigen Annahme, dadurch würde der Verwaltung Arbeit genommen, anstatt neuen eigenen Personalbedarf zu verursachen.

In den Beratungen, auch nach Vorlage unseres Änderungsantrages, wurde bezüglich einiger der neugeplanten Stellen begründet, man wolle Mitarbeiter die in nächster Zeit aus verschiedenen Gründen ausschieden, rechtzeitig parallel nachbesetzen, um Wissenstransfer und Einarbeitung angemessen zu ermöglichen. Ein löblicher Gedanke, zu-

mal man neue Kandidaten mit einer dann unbefristeten Stelle zu einer Bewerbung locken kann. Für diesen Fall dürfte man aber auch erwarten, dass die ursprüngliche Stelle als ‚künftig wegfallend‘ eingestuft und gekennzeichnet wird, es also nicht langfristig zu einer Doppelbesetzung durch die Hintertür kommt. Dies ist leider nicht im Entwurf enthalten – wir fordern es hiermit ein.

Eines weiteren Eindrucks können wir uns im Personalbereich nicht erwehren: Die asymmetrische Verteilung der Fachbereiche zwischen den beiden Dezernenten – Bürgermeister und Erster Stadtrat – scheint die Einführung zusätzlicher Leitungsfunktionen auf der Zwischenebene unterhalb des aufgeblähten Bürgermeister-Dezernats reizvoll zu machen. Hier läge es in der Hand des Bürgermeisters, die Organisationsstruktur und die Dezernatsverteilung derart sinnvoll zu wählen, dass nicht allein hieraus ein noch höherer Personalbedarf entsteht.

Ich will so ehrlich sein: Was die zwei im Haushaltsentwurf zusätzlich budgetierten Ordnungspolizisten angeht, fällt es der CDU gar nicht leicht, diese ebenfalls zu kürzen. Sicherheit und Ordnung – das ist ein Leib- und Magenthema der CDU. Und für die Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges Element sich in ihrer Heimatstadt sicher zu fühlen und auf die Durchsetzbarkeit des Rechts im kommunalen Zuständigkeitsbereich vertrauen zu können. Aber: Ein Rosinenpicken nach parteitaktischen Interessen oder gar an der Verteilung der Dezernate orientiert, könnten wir angesichts der Finanzlage mit gutem Gewissen nicht vertreten.

Die genannten Maßnahmen werden den prognostizierten Personalaufwand des laufenden Jahres deutlich absenken. Neben der Bremse im Stellenplan, haben wir Ihnen zudem zwei kleinere Änderungen im Investitionspaket vorgeschlagen. Die Mittel zur allgemeinen Sanierung der Schlossmühle in Höhe von 580.000 Euro sollen mit einem Sperrvermerk versehen werden, d.h. ein Auszahlungsstopp bis eine weitere Beratung und Beschlussfassung zu ihrer Nutzung hier in diesem Hause getroffen ist. Außerdem halten wir es für geboten, den Kauf eines neuen Ordnungsamts-Busses von 100.000 Euro auf eine angemessene Größenordnung von 60.000 Euro zu beschränken.

Für meine Fraktion darf ich sagen: Wir verstehen unseren Änderungsantrag als ernstgemeinte Geste an den Bürgermeister und die Kooperation. Wir haben kein Interesse an einer Nicht-Verabschiedung am heutigen Tag, sondern wollen die Handlungsfähigkeit unserer Stadt im laufenden Jahr 2020 sichern. Wir haben allerdings mit den Änderungsvorschlägen unsere Bedingung für ein positives Votum klar formuliert. Dieses bezieht sich explizit nur auf den Abstimmungsteil zum Haushaltsplan 2020 nebst Anlagen. Daneben würden wir uns – aus den diversen Ausführungen meiner Rede heraus – zum Investitionsplan bis 2023 sowie zum Haushalssicherungskonzept enthalten.

Wie immer an dieser Stelle - zu guter Letzt: Ein herzliches Dankeschön allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus für das alljährliche Engagement in Sachen Haushaltsplanung.

Vielen Dank.